

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

22.10.1929 (No. 246)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:

Karlsruher
Str. Nr. 14
Telefon
Nr. 353
und 354
Postfach
Nr. 3515

Verantwortlich

für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
C. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Carl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansperrung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 23. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Baden, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Amtlicher Teil

Volksbegehren „Freiheitsgesetz“

Der Herr Minister des Innern hat in einer Bekanntmachung vom 22. Oktober 1929 im Badischen Staatsanzeiger darauf hingewiesen, daß beim Eintragungsverfahren zum Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ nur solche Listen Gültigkeit haben, die an den amtlich bestimmten Einzeichnungsstellen beschrieben worden sind, und daß Eintragungen, die durch Umhertrogen der Listen von Haus zu Haus zustande gekommen sind, amtlich nicht anerkannt werden.

Das Volksbegehren vor dem Staatsgerichtshof

W.B. Leipzig, 22. Okt. (Tel.) Heute vormittag begann mit 10 Uhr die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in der Verfassungsrechtsstreitigkeit der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im Preussischen Landtag gegen das Land Preußen. Die Klage geht bekanntlich auf Erlass eines Feststellungsurteils, durch das das Recht jedes Beamten, sich als wahlberechtigter Staatsbürger an einem verfassungsmäßig zugelassenen Volksbegehren zu beteiligen, ausdrücklich festgestellt werden soll, und auf Erlass einer einstweiligen Verfügung durch die dem preussischen Staatsministerium ausdrücklich unterlag werden soll, weitere Kundgebungen gegen die Beteiligung der Beamten am Volksbegehren zu erlassen. Die bereits erfolgten Anweisungen sollen zurückgezogen werden.

Zu Beginn der Verhandlung stellte der Vorsitzende Dr. Bumke fest, daß eine Verhandlung zur Sache nur dann möglich sei, wenn beide Parteien damit einverstanden seien, da nach § 6 der Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes eine 14tägige Ladungsfrist gewahrt werden müsse. Rechtsanwalt Dr. Seelmann stimmte zu. Ministerialdirektor Dr. Badt widersprach für Preußen, so daß sich die heutige Verhandlung nicht auf die Sache selbst erstrecken darf. Der Vorsitzende brachte sodann eine Erklärung des Reichsausschusses für das Volksbegehren zum Vortrag, wonach dieser sich der Klage gegen das Land Preußen anschließt.

Ministerialdirektor Dr. Badt widersprach der Zulassung. Mit dieser Erklärung, so führte er aus, sei klargestellt, daß es sich um eine typische Reichsverfassungsfrage handle. Der Reichsausschuss hätte keine Klage gegen die Reichsregierung richten müssen, wofür aber keine höhere Instanz bestehe. Jedenfalls handle es sich nicht um einen Verfassungsstreit innerhalb eines Landes, der allein nach Art. 19 der Reichsverfassung die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes begründen würde. Der Antrag sei als unzulässig zu verwerfen. Ministerialdirektor Dr. Badt widersprach sodann auch der Verhandlung über die einstweilige Verfügung des Staatsgerichtshofes bereits die einstweilige Verfügung handle, sondern um eine unechte, die die Entscheidung zur Sache vorwegnehme. Eine einstweilige Verfügung müsse reparabel sein, während in diesem Falle eine einstweilige Verfügung des Staatsgerichtshofes bereits die entscheidende Feststellung enthalten müßte, daß die Kundgebungen des preussischen Staatsministeriums nicht verfassungsmäßig seien. Außerdem würde durch eine einstweilige Verfügung den Rechten des Parlamentes vorgegriffen werden, das auf verfassungsmäßigem Wege, d. h. durch Wahltravensvotum, durch Anlage vor dem Staatsgerichtshof wegen Verfassungsverletzung mit dem Ministerium abrechnen könnte.

Rechtsanwalt Dr. Seelmann hat, über die einstweilige Verfügung auf jeden Fall zu entscheiden, da es sich um eine Entscheidung von ungeheurer Dringlichkeit handle. Zweifellos habe auch das preussische Staatsministerium die Frage vor den Kundgebungen im Landtag und im Kundpunkt gründlich durchgeprochen, so daß die Einrede einer zu kurzen Frist nicht stichhaltig sei. Es habe ihm völlig ferngelegen, durch den Antrag einer einstweiligen Verfügung etwa die zweiwöchige Ladungsfrist zu umgehen. Ministerialdirektor Dr. Badt betonte noch, daß überhaupt die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zweifelhaft sei, da der Staatsgerichtshof nicht dazu da sei, an Stelle des Reichsverwaltungsgerichts jedem Staatsbürger den Schutz seiner verfassungsmäßigen Rechte zu gewähren.

Hierauf zog sich der Staatsgerichtshof zur Beratung zurück. Nach 1 1/2 stündiger Beratung verkündete der Staatsgerichtshof seinen Beschluß dahin:

1. Der Anschluß des Reichsausschusses für das Volksbegehren wird zurückgewiesen;
2. Es wurde beschloffen, den Antrag der preussischen Regierung auf Vertagung abzulehnen.

Hierauf wurde in die Verhandlung eingetreten.
M. Berlin, 22. Okt. (Priv.-Tel.) Zu der heutigen Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof wird berichtet, die preussische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß der Staatsgerichtshof hier nicht zuständig sei, weil für die Frage, ob ein Beamter bei seiner politischen Betätigung seine Verpflichtungen verlege, ausschließlich die Disziplinarbehörden zuständig seien. Diesen Standpunkt habe auch das oberste Verwaltungsgericht teils geteilt. In der preussischen Regierung sei man der Ansicht, daß die Beamten lediglich disziplinarisch nach dem geltenden Beamtenrecht hier behandelt werden können, und daß das nichts mit der Reichsverfassung zu tun habe.

Letzte Nachrichten

Die Regierungskoalition im Reich

Am Anfang einer innerpolitischen Wende?
M. Berlin, 22. Okt. (Priv.-Tel.) Die gestrige Sitzung des Vorstandes der Deutschen Volkspartei hat feierliche Ergebnisse gehabt. Gegen die Kandidaturen Lütcher und Kardorff für den Posten eines Parteivorstehenden sind erhebliche Strömungen offenbar geworden. Infolgedessen kommt einer Kandidatur Scholz wieder größere Aussicht zu, allerdings erst, wenn Scholz erst wieder genesen ist.

Inzwischen nehmen die Verhandlungen der Deutschen Volkspartei nach allen Seiten ihren Fortgang. Man hört von Besprechungen zwischen Kardorff und dem deutschnationalen Lindeiner-Wilbau und von liberalen Mitgliedern der Fraktion mit den Demokraten. Auch die Presse nimmt jetzt härtere Stellung, so die „Kölnische Zeitung“, in der in einem Artikel August Webers der Zusammenschluß der Demokraten und der Volkspartei verlangt wird, ferner die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die als Organ des Reichslandbundes schon den gemäßigten Elementen der Deutschnationalen zugehört und eine Sammlung der bürgerlichen Elemente warm befürwortet, was im Gegensatz zur heutigen Politik Eugenbergs steht, ferner der „Vorwärts“, der von der Möglichkeit eines Bürgerbündes gegen die Sozialdemokratie spricht. Überall hört man, daß wir möglicherweise am Anfang einer innerpolitischen Wende seien.

Regierungskrise in Thüringen

Austritt der Demokraten aus der Koalition
W.B. Weimar, 22. Okt. (Tel.) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Thüringischen Landtages gab der Abgeordnete Prof. Dr. Krüger im Namen der demokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt, zwei Parteien der bisherigen Regierungskoalition hätten es für richtig befunden, ohne die beiden anderen Parteien zu verständigen, mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten über einen Antrag zu verhandeln und ihn dann gemeinsam beim Thüringischen Landtag einzubringen.

Es handelt sich um den Antrag gegen den Youngplan. Mit diesem Vorgehen, das die Regierung notwendig zum Rücktritt zwingen werde, sei die bisherige Regierungskoalition aufgehoben. Die Demokraten seien nach wie vor bereit, für das Wohl des Landes parlamentarisch mitzuarbeiten, aber ohne jede Koalitionsbindung.

Zusammentritt des französischen Parlaments

Youngplandebatte erst Anfang Dezember
W.B. Paris, 22. Okt. (Tel.) Kammer und Senat treten heute mittag zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Die Regierung wird voraussichtlich zu Beginn der Sitzung die Forderung stellen, daß die Aussprache über das Budget für 1930 ohne Unterbrechung durchgeführt werde.

Die Interpellationen, die sich auf die auswärtige und allgemeine Politik beziehen, sollen zurückgestellt werden. Diese etwa 20 Interpellationen, die sich zum Teil auf die Rheinlandräumung, auf die Saarfrage, auf die Ergebnisse der Haager Konferenz, auf die Unterbrechungen des Abgeordneten Paul Reynaud mit Deutschen, sowie auf die Frage der Abrüstung und des Vereidigungssystems an der französischen Obergrenze beziehen, sollen bis zu dem Tage zurückgestellt werden, an dem das Gesetz über die Ratifizierung des Youngplanes zur Debatte steht. Man nimmt an, daß dies frühestens in den ersten Dezember tagen geschehen kann. Die beginnende Tagung dürfte also fast ausschließlich der Beratung des Budgets und der Ratifizierung der Haager Abkommen gewidmet sein.

Rücktrittsgesuch des Ministers Antérior

W.B. Paris, 22. Okt. (Tel.) Nach dem „Echo de Paris“ soll Ministerpräsident Briand dem Abgeordneten und Pensionsminister Antérior, der bei den Senatswahlen am Sonntag nicht gewählt worden ist, erklärt haben, er möge von seiner Absicht, zurückzutreten, abgehen. Briand habe hinzugefügt, daß eine derartige Demission augenblicklich nicht notwendig sei, da die Regierung grundsätzlich entschlossen sei, sofort nach Ratifizierung der Haager Abkommen, die übrigens in der Regierungserklärung vom Juli festgelegt sei, zurückzutreten.

Gravin plante auch einen Anschlag auf Briand

W.B. Paris, 22. Okt. (Tel.) Der verhaftete Gravin, der auf den rechtsstehenden Abgeordneten Doumaine ein Attentat verübt hat, erklärte bei seinem Verhör, daß er auch Briand zu erschließen beabsichtigt habe. Nach dem Abschluß der Locarno-Abkommen habe er einen Revolver gekauft, um Briand zu töten, der zu leichtfertig auf die, den Interessen Frankreichs zuwiderlaufenden englischen Anregungen eingegangen sei. Er habe sich nach Calais begeben, um Briand bei seiner Abreise nach London zu treffen. Er habe jedoch an Briand infolge der polizeilichen Absperrung nicht herankommen können.

* Die Reichsregierung und das Volksbegehren

Es gibt in der Tat Leute in Deutschland, die den Standpunkt vertreten, die Reichsregierung habe — wie bei dem Volksbegehren die Fürstenabfindung betreffend — neutral zu bleiben. Verfassungsrechtlich läßt sich dieser Wunsch nicht begründen. Politisch und gefühlsmäßig bedeutet er eine Ungeheuerlichkeit. Denn er mutet der Reichsregierung zu, eine Agitation ruhig hinzunehmen, die sich mit der denkbar größten Schärfe und Rücksichtslosigkeit gegen sie selbst richtet. Es ist merkwürdig, daß gerade in solchen Kreisen, die die Aktivität der Politik besonders zu rühmen wissen und am liebsten aggressive Kampfmethoden anwenden, von der Reichsregierung eine Haltung verlangt wird, die nur zu sehr den Vergleich mit der sprichwörtlich gewordenen Lammsgebild wachrufen müßte.

Wir sagen ausdrücklich: gefühlsmäßig und politisch darf man der Reichsregierung eine solche Neutralität nicht zuntun. Es ist gegen das Gefühl, von jemand zu erwarten, daß er ruhig zusieht, wie man sein Werk zerstört. Hinzu kommt in diesem Falle aber noch die politische Überzeugung, die Rücksicht auf das vaterländische Interesse. Wenn der Reichsausschuss für das Volksbegehren seine Agitation als „vaterländisch“ hinzustellen beliebt, so ist das eine Annahme, der man gar nicht energisch genug entgegenzutreten kann. Dem Vaterlande wird außenpolitisch und innenpolitisch mit dieser ganzen Aktion sehr wenig gedient. Auf dem Gebiet der inneren Politik werden neue unheilvolle Gegensätze geschaffen, und die Leidenschaften werden in einem Maße aufgemailt, daß schon jetzt die Sicherheitsorgane des Staates aufgeboten und polizeiliche Maßnahmen getroffen werden müssen, um der Ausschreitungen Herr zu werden.

Außenpolitisch würde die Aktion zwar erst dann katastrophal zu wirken beginnen, wenn sie von Erfolg gekrönt sein sollte. Wir würden dann mit einem Schlag all der zweifellosen Vorteile, all der mühsam erkaufte Fortschritte unserer Politik verlustig gehen und in eine Krisis hineinstürzen, wie wir sie seit dem Ruhrkampf nicht mehr erlebt haben. Aber schon allein die Tatsache, daß man in Deutschland überhaupt eine derartige Agitation gegen den Youngplan entlassen zu müssen meint, wird den Nationalisten in Frankreich Wasser auf die Mühle leiten. Und nur einer sehr geschickten deutschen Staatskunst wird es möglich sein, die Tatsache des Volksbegehrens im Sinne unserer außenpolitischen Ziele zu verwerten. Die sogenannte „nationale Opposition“ — besser würden wir sie die nationalistische Opposition nennen — hat ihre Vorzüge, wenn sie sich ihrer Verantwortung bewußt bleibt, und wenn sie im richtigen Augenblick in Erscheinung tritt. Dieser Augenblick ist gewiß nicht der richtige.

Es ist die selbstverständliche Pflicht der Reichsregierung und der Minister, offen und rückhaltlos gegen das Volksbegehren aufzutreten, um so einen Erfolg der Aktion zu verhindern. Es steht wahrlich viel auf dem Spiele. Nicht umsonst ist dieser Tage der Deutschen Volkspartei angehörende Reichsminister Dr. Curtius mit einer so großen Entschiedenheit gegen das Volksbegehren zu Felde gezogen. Er hat dabei die Pflicht der Reichsregierung zum agitatorischen Eingreifen unterstrichen und die Erfüllung dieser Pflicht sogar für den Fall gepredigt, daß dabei gelegentlich einmal Fehler gemacht werden sollten. Auch Curtius geht eben davon aus, daß durch das Volksbegehren eine Katastrophe heraufbeschworen werden kann. Und eine solche Katastrophe muß mit allen nur denkbaren legalen Mitteln abgewendet werden.

Er konnte sich dabei mit Recht auf die Lebensarbeit seines kürzlich dahingegangenen Parteifreundes Stresemann berufen. Und er konnte weiterhin die Gefährlichkeit des Volksbegehrens sehr wirkungsvoll noch dadurch kennzeichnen, daß er den § 4 des Gesetzesentwurfes eine „Gipfelleistung der Demagogie“ nannte.

Bei alledem glauben wir nach wie vor keine Sekunde daran, daß ein etwaiger Volksentscheid für den Gesetzesentwurf günstig ausfallen könnte. Daß das Volksbegehren die notwendige Zahl der Stimmen auf sich vereinigt, ist möglich. Es wäre ein Segen für uns, wenn diese Stimmengiffer sich so niedrig halten würde, daß die Einseitigkeit selbst an einer weiteren Verfolgung der Sache die Lust verlieren. Würde das Volksbegehren nur von etwa 4 1/2 Millionen unterzeichnet werden, dann wäre zwar die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Ziffer er-

reicht, aber diese Ziffer selbst wäre so niedrig, daß es an Sinnlosigkeit grenzen würde, wenn man dann noch einen Volksentscheid provozieren wollte. Denn beim Volksentscheid müßten ja 20 Millionen für den Gefegentwurf eintreten!

Das Volksbegehren der Rechten

Bayern und das Volksbegehren

Ein den Befürwortern des Volksbegehrens nahestehendes Münchener Blatt hatte die Frage gestellt, wie sich die bayrische Regierung zu der in Preußen gehandhabten Disziplinierung von Staatsbeamten und Staatsangestellten, die das Volksbegehren unterzeichnen, verhalten wird. Dazu äußert die „Bayerische Staatszeitung“:

„Die bayerische Staatsregierung hat nach Lage der Dinge noch gar keine Veranlassung gehabt, von sich aus zu der Frage Stellung zu nehmen, wie sie in der ganzen Angelegenheit als geschlossenes Ganzes überhaupt nicht hervorgetreten ist. Wir glauben auch nicht, daß in maßgebenden bayrischen Kreisen die Absicht besteht, in irgendeiner Form aus der bisher geübten Reserve hervorzutreten. Es darf in diesem Zusammenhang noch bemerkt werden, daß die Entscheidungen des Reichsdisciplinarhofes für Bayern nicht maßgebend sind, da in disciplinarischen Angelegenheiten in Bayern der bayrische Disciplinarhof selbst entscheidet.“

Die Eintragungen im Rheinland. Bis einschließlich Sonntag haben sich in Köln 1787 Stimmberechtigte für das Volksbegehren eingetragen. Nach Mitteilungen der städtischen Nachrichtenstellen verschiedener Städte betragen die Eintragungen bis Sonntag in Düsseldorf 2791, in Bonn 820, in Koblenz 832, in Essen rund 1000. — In Groß-Berlin wurden am 21. Oktober 16 005 Eintragungen zum Volksbegehren vorgenommen. Die Gesamtzahl der bisherigen Eintragungen beträgt 98 829. Rezt zusammen also 108 884.

Die Verhandlungen in Baden-Baden

Die meisten Mitglieder des Organisationsausschusses der D. V. J. weilten am Montag außerhalb Baden-Badens, wohl um ihren Regierungen über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen Bericht zu erstatten. Der Unterausschuß für die Trennungvereinbarungen nutzt diese Abwesenheit aus, um seine Arbeiten weiter zu bringen.

Wechsel in der Berliner italienischen Botschaft

Die „Voss. Ztg.“ meldet: Der italienische Botschafter in Berlin, Graf Abbotanzi-Marescotti, hat einen Urlaub angetreten und wird nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Bis zur Neubesezung des Botschafterpostens führt der neuernannte Botschafter Ciconarbi die Geschäfte. Gleichzeitig mit dem Botschafter sind der bisherige Botschafter Ratocco und die drei Botschaftssekretäre von Berlin abberufen worden.

Dieser Wechsel im Personal der italienischen Botschaft ist, so erfährt das Blatt, nicht auf politische Differenzen zurückzuführen, und hat auf die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Italien, die nach wie vor korrekt und freundschaftlich sind, keinerlei Auswirkungen. Es handelt sich vielmehr auf eine Maßnahme, die auf Differenzen verwaltungstechnischer Natur, die zwischen der Botschaft und der römischen Verwaltungsbehörde bestehen, zurückzuführen sind. Unter den Kandidaten für die Nachfolge des Grafen Abbotanzi-Marescotti, der sein Land seit März 1926 in Berlin vertrat, wird bisher an erster Stelle der italienische Botschafter in Moskau, Vittorio Cerutti, genannt.

Raut „Vorwärts“ erfolgte die Abberufung des Botschafters, peil vor kurzer Zeit auf bisher ungeklärte Weise der geheime diplomatische Chiffreschlüssel der italienischen Botschaft entwendet wurde.

Fünf Todesurteile in der Sowjetunion

Amlich wird aus Moskau gemeldet: Die staatliche politische Verwaltung hatte eine gegenrevolutionäre Organisation in der Heeresindustrie der Sowjetunion aufgedeckt, die eine Schwächung der Wehrfähigkeit und die Unterstützung einer ausländischen Intervention durch Schädigungen und Spionage zum Ziele hatte. Die Organisation setzte sich größtenteils aus ehemaligen hohen Offizieren der Jaxenarmee zusammen. Die ehemaligen Generale Michailoff, Wyssotschenski, Dymann, Dehanoff und Schulga wurden zum Tode verurteilt, die übrigen Angeklagten mit Internierung in Konzentrationslagern bestraft. Die Urteile sind bereits vollstreckt.

Der Flug des „Do. X.“

Das Dornier-Dieselflugzeug „Do. X.“ hat, wie bereits gemeldet, am Montag über dem Bodensee einen Rekordflug ausgeführt. An Bord hatte es nicht 100, sondern 109 Personen. Es waren 150 Passagiere und 19 Mann Besatzung. Das Flugzeug hat bei diesem Flug eine Höhe von 400 Meter erreicht und eine Fluggeschwindigkeit von circa 170 Kilometer.

Der Flug findet namentlich in England großes Interesse. „Daily Mail“ sagt, es handle sich um den erstaunlichsten Flug, der bisher in der Geschichte der Eroberung der Luft zu verzeichnen ist. Ein anderes Blatt weist darauf hin, daß die 12 Motore des Flugbootes von einer englischen Firma entworfen worden sind. „Daily Chronicle“ meint, beratige Flugzeuge könnten sich als äußerst wertvoll für Truppentransporte in Ländern wie Indien, Transjordanland und im Irak erweisen.

Unterschlagungen eines Berliner Notars

Unter aufsehenerregenden Umständen ist der Rechtsanwalt und Notar Dr. Siegfried Aron mit seiner Frau aus Berlin verschwunden. In hinterlassenen Briefen hat er mitgeteilt, daß er sich außerhalb Berlins mit seiner Frau das Leben nehmen werde. Es liegen große Unterschlagungen vor, die Aron selbst in einem Schreiben an einen seiner Kollegen auf zwei Millionen Reichsmark beziffert. Der Kriminalpolizei sind schon Ansprüche an Dr. Aron gemeldet, die sich auf 5 400 000 RM belaufen. Diese Summe setzt sich zusammen aus 1 800 000 RM, die von der Stadt Waldenburg bei Aron hinterlegt worden sind, und einer Pflanzung in Höhe von 3 600 000 RM, die Dr. Aron als Notar verwaltete.

Demn Forten, die in Breslau ein Gastspiel gibt, mußte auf dem Breslauer Hauptbahnhof von der Polizei von der nach Tausenden zählenden Menge, die sie erwartete, geschützt werden.

Die Juppelfahrt nach Nordspanien und Barcelona ist wegen des schlechten Wetters auf Donnerstag verschoben worden. Am Sonntagabend wurde auf einem Feldweg in Bohum-Gordel die Leiche des 11jährigen Schülers Duschneff mit einer Schußwunde im Hinterkopf tot aufgefunden. Es besteht die Möglichkeit eines Zusammenhangs mit der Düsseldorfser Mordserie.

Der Reichspräsident an Edison

Mr. Washington, 22. Okt. (Tel.) Bei der Edison-Feier in Dearborn (Michigan) verlas Owen D. Young ein Telegramm, des Reichspräsidenten von Hindenburg, in dem dieser dem gleichaltrigen großen Erfinder herzliche Glückwünsche zum goldenen Jubiläum der Erfindung der elektrischen Glühlampe übermittelt. Minutenlang verließ folgte der Verlesung des Telegramms, die ganz Amerika im Radio mit anhörte.

Die Zündholzanleihe

Zwischen dem Reich einerseits und Herrn Ivar Kreuger, dem Leiter des schwedischen Zündholztrusts andererseits, ist am Montag in Berlin fristlos im Reichsfinanzministerium ein Vorvertrag über eine im Zusammenhang mit der Neuordnung der deutschen Zündholzwirtschaft stehende Anleihe abgeschlossen worden. Über die Grundlage dieses Vertragsab schlusses besteht volles Einverständnis. Einige Einzelheiten sind noch Gegenstand von Verhandlungen. Der Abschluß des Vertrages selbst wird in einigen Tagen erfolgen. Die Öffentlichkeit wird sobald über den Inhalt des Abkommens eingehend unterrichtet werden.

M. Berlin, 22. Okt. (Priv.-Tel.) Die „Volkswirtschaft“, das offizielle Organ der Berliner Handelsvertretung von Sowjetrußland hat in einem sehr scharfen Artikel gegen die deutsch-schwedischen Zündholzwirtschaft, die gestern zum vorläufigen Abschluß gekommen sind, Stellung genommen, und geradezu erklärt, daß es sich hier um einen feindlichen Akt gegen Rußland handle. Diese Stellungnahme ist um so unbegründeter, als sie in einem amtlichen Organ der russischen Regierung laut wird. Man nimmt in Berlin an zuständiger Stelle an, daß dieser Artikel bereits in Satz war, als eine Unterhaltung zwischen dem russischen Botschafter Krestinski und dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius vor einigen Tagen stattfand, in der deutscherseits ausführliche Auskunft erteilt wurde, und von der man annahm, daß sie alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt habe.

Schwere Zusammenstöße in Leipzig

Leipzig, 22. Okt. (Tel.) Die Nationalsozialistische Partei hatte für gestern Abend eine Versammlung nach dem Hespereller im Arbeiterviertel Plagwitz einberufen, in der der frühere Reichstagsabgeordnete Wulle über „Schwarzrotgoldenen Sklareit“ sprechen wollte. Es hatten sich in der Mehrzahl politische Gegner eingestellt. Als die Versammlung nach dem Einmarsch der nationalsozialistischen Sturmabteilung eröffnet werden sollte, entstand plötzlich eine allgemeine Schlägerei. Das bereitstehende Überfallkommando räumte den Saal, und die Versammlung wurde von der Polizei geschlossen. 25 Personen wurden als leichtverletzt, drei als schwerverletzt festgestellt. Der Einmarsch der Nationalsozialisten vollzog sich unter polizeilicher Bedeckung. In den Nachstunden kam es noch verschiedentlich zu Reibereien.

Enthüllungen Bessewostski

Paris, 22. Okt. (Tel.) Der ehemalige Botschafter der Sowjetbotschaft in Paris, Bessewostski, beginnt im heutigen „Matin“ eine Artikelserie, in der er, wie das Blatt erklärt, sich eingehend mit der Sowjetrepublik beschäftigen wird. Die Artikelserie trägt die Überschrift: „Später den Kulisen der Dritten Internationale. Die Doppelmöglichkeit der Sowjetregierungen.“

Im ersten Artikel bespricht Bessewostski die Instruktionen, die man ihm gegeben hat, als er nach Abberufung Malowffs vorübergehend zum Geschäftsträger in Paris ernannt und von Tokio nach Paris berufen wurde. Er erzählt, daß er den Auftrag erhalten habe, mit Rumänien Verhandlungen über die bestrafbare Frage einzuleiten, damit Rumänien Polen weniger unterstützen und Polen weniger geneigt sei, Litauen zu brüsteren.

Kurze Nachrichten

Erkrankung des Fürsten Bülow. Der ehemalige deutsche Reichsminister Fürst Bülow, der belänntlich in Rom lebt, hat sich eine schwere Erkältung zugezogen, die ihn für mehrere Tage an das Bett fesseln wird. Das Befinden des Kranken hat sich jedoch bereits wesentlich gebessert. Nach einer anderen Meldung soll der Hochbetagte einen Schlaganfall erlitten haben. Der linke Arm ist völlig unbeweglich.

6000 französische Rekruten in der Pfalz. In den pfälzischen Garnisonsorten Landau, Germersheim, Neustadt a. d. S. und Kaiserslautern sollen in den nächsten Tagen 6000 junge französische Rekruten eintreffen, die die in den letzten Wochen verminderte Befähigungsstärke ausfüllen sollen.

Verlängerung der Beratungskstelle bis zum Jahresende. Der „Deutschen Allg. Ztg.“ zufolge ist durch Zustimmung der Länder die Geltung der Richtlinien der Beratungskstelle für Auslandsanleihen beim Reichsfinanzministerium bis Ende 1929 verlängert worden. Inzwischen sind im Reichsfinanzministerium die Vorarbeiten für die Reorganisation der Beratungskstelle im Gange, die noch etwa 2 bis 3 Wochen in Anspruch nehmen dürften.

Lohnregelung im Saargebiet. Der Schlichtungsausschuß Saarbrücken hat zur Regelung der Arbeiterlöhne in der Schwermetallindustrie einen Schiedsspruch gefällt, wonach mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. die Effektivlöhne um 2 Prozent, mit Wirkung vom 1. April nächsten Jahres um ein weiteres Prozent zu erhöhen sind. Für die Tariflöhne tritt die Gehaltserhöhung von 3 Proz. schon am 1. Oktober d. J. in Kraft. Diese Regelung hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1930.

Das Lehrpersonal in deutschen Schulen. Im Deutschen Reich unterrichteten im Jahre 1901: 124 027 Lehrer und 22 518 Lehrerinnen, 10 Jahre später, also im Jahre 1911: 148 217 Lehrer und 38 268 Lehrerinnen. 1921 waren 148 988 Lehrer und 49 018 Lehrerinnen tätig, im Jahre 1926: 187 178 Lehrer und 43 791 Lehrerinnen. Der Prozentsatz der Lehrerinnen ist also von 15,40 im Jahre 1901 auf 24,19 im Jahre 1926 gestiegen.

Wassili Radostanow †. Der ehemalige bulgarische Ministerpräsident, Wassili Radostanow, ist nach sechsmonatiger schwerer Krankheit in der Berliner Charité gestorben. Er ist 75 Jahre alt geworden. Schon seit 1884 spielte er in der bulgarischen Politik eine einflußreiche Rolle. Unter seiner Verantwortung schloß sich Bulgarien im Herbst 1915 den Mittelmächten an. 1923 wurde er in Abwesenheit zu lebenslanglichem Kerker verurteilt, später aber wieder amnestiert. Er hatte sich schon sehr bald nach dem Regierungswechsel nach Deutschland begeben. Jahrelang lebte er in äußerster Zurückgezogenheit in Berlin.

Das Befinden Clemenceaus. Clemenceau ist Montag Abend in Paris von den Ärzten wiederum untersucht worden. Wie Sabas berichtet, stellen die Ärzte vor allem Erkrankungen über eine Lungenreizung an, die sich gezeigt hat. Einer der Ärzte erklärte: „Zukunft zufriedenstellend“. Der andere erklärte: „Wir wollen optimistisch sein. Diese Nacht wird die Entscheidung bringen.“

Badischer Teil

Zehn Jahre Ministerialdirektor

Ministerialdirektor Ludwig Sammet konnte am gestrigen Tage auf eine zehnjährige Tätigkeit im Finanzministerium zurückblicken. Von dem ersten badischen republikanischen Finanzminister Dr. Wirth in schwerster Zeit auf diesen verantwortungsvollen Posten berufen, hat Ministerialdirektor Sammet in hingebungsvoller Arbeit seine ganze Kraft in den Dienst des Staates und Volkes gestellt.

Badischer Städteverband

Städte und Kraftwagenverkehr

Der Badische Städteverband hielt vor einigen Tagen im Rathaus zu Baden-Baden eine Hauptversammlung ab. In der Sitzung, an der außer den Oberbürgermeistern der meisten Städte und einigen Bürgermeistern auch zahlreiche Stadträte teilnahmen, wurden — wie uns geschrieben wird — Referate erstattet von Beigeordneten Dr. Jeller (Mannheim) über: „Kraftwagenverkehr und Städte“, von Bürgermeister Wagner (Mannheim) über: „Badisches Straßengezetz und Kraftfahrzeugverkehr“ sowie von Stadtratsrat Dr. Ketterer (Karlsruhe) über: „Zweck und Ziele des Badischen Gemeindeversicherungsverbandes“.

Nach einer Aussprache über die einzelnen Verhandlungsgegenstände beschloß die Versammlung, bei der Regierung den Antrag zu stellen, sie möge dahin wirken, daß alsbald eine Reichsverkehrsordnung erlassen wird, in der die für den Straßengezetz wichtigsten Begriffe erläutert und die für den Verkehr in den einzelnen Straßengattungen geltenden Bestimmungen zusammengefaßt werden. Des weitern wurde die Auffassung vertreten, daß den Städten die Zuständigkeit zur Entscheidung grundsätzlicher, den Verkehrsraum betreffender Fragen aus Gründen der Selbstverwaltung allgemein vorbehalten bleiben. Daher darf auch die Genehmigung oder Verlegung des Rechts zur Aufstellung von Automobilen durch die Polizeibehörden nicht ohne Zustimmung der Städte erfolgen. Dagegen ist die Bewachung der Parkplätze eine polizeiliche Aufgabe und daher vom Staate zu regeln; eine Inanspruchnahme der Städte etwa durch Gewährung von Bewachungsgebühren ist abzulehnen. Die Geschwindigkeit der Kraftwagen im Wohngebiet soll allgemein auf 16 Kilometer herabgesetzt und die Führerscheinfähigkeit für sämtliche Kraftfahrer wieder eingeführt werden. Eine einheitliche Planung der Durchgangsstraßen im ganzen Reichsgebiet erscheint geboten. Es ist anzutreiben, daß die Jahrbahn von unnötigen und die Aufmerksamkeit der Fahrgangsführer ablenkenden Schriften weitgehendst freigehalten wird. Bei der Einrichtung von Fernverkehrsstraßen sollen den Städten innerhalb ihres Interessengebietes das Vortrecht zustehen. Bei der Reichsregierung ist darauf hinzuwirken, daß diese ihre ablehnende Haltung gegen die zur Durchführung des Straßengezetzes erforderliche Erhebung von Benutzungsgeldern aufgibt.

Das Badische Straßengezetz ist dahin zu ändern, daß die Gemeinden, auf deren Gemarung eine Landstraße liegt, einen Beitrag zur Unterhaltung dieser Straße nur in solcher Höhe zu leisten haben, als sie aufbringen müßten, wenn die Straße ein Gemeinweg mit nur örtlichem Verkehr wäre.

Eine Pflicht der Gemeinden zur Bestreuerung der Landstraßen bei Glattis kann nur insoweit anerkannt werden, als es sich um Fußwege und Übergänge des Fohrdammes innerhalb des Ortsbereichs handelt.

Die Kraftfahrzeugsteuer ist als Zweifsteuer aus dem Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden herauszunehmen und auf sämtliche Straßenunterhaltungspflichtige zu verteilen. Das Aufkommen der Steuer sollte so gesteigert werden, daß damit die erhöhte Abnutzung aller Straßen durch Kraftwagen gedeckt werden kann und hierdurch eine Ermäßigung der Realsteuern möglich wird, deren Erträgnis heute zu einem großen Teile zur Straßenunterhaltung herangezogen werden muß. Es ist daher eine Erhöhung der Steuer zu beantragen, die für alle Wagen, namentlich aber für Kraftkraftwagen durchaus tragbar erscheint. Aber auch heute schon darf das Aufkommen der Steuer in ihrer derzeitigen Höhe vom Land nicht allein in Anspruch genommen werden und muß sämtlichen, durch den Durchgangverkehr in besonderem Maße in Anspruch genommenen Straßenunterhaltungspflichtigen nach der Konnen-Kilometer-Belastung der einzelnen Straßen überwiesen werden, wobei ein Teil des Steuererträgnisses abzugewinnen und den Städten zur Deckung ihrer, durch den örtlichen Kraftwagenverkehr entstehenden besonderen Belastung zuzuteilen ist. Als Maßstab für diese Aufteilung sollte das Verhältnis der gesamten Ortsstraßenunterhaltungskosten der Städte zu dem Gesamtaufwand für Land- und Kreisstraßen dienen.

Das Volksbegehren

In Baden bleiben die Eintragungsziffern weiter sehr niedrig. In Karlsruhe haben sich am Sonntag 130 Personen in die Listen eingetragen. Die Gesamtzahl der Eintragungen beträgt bis dahin 621. Am Samstag haben sich für das Volksbegehren in Mannheim-Stadt 99 und am Sonntag 109 Personen eingetragen sind. Mit Einschluß des Sonntags sind in Heidelberg an den ersten 5 Abstimmungstagen für das Volksbegehren 591 Stimmen abgegeben worden. In Singen a. S. haben sich in den ersten vier Tagen zwei Einschreibberechtigte in die Liste zum Volksbegehren eingetragen.

Beschwerden über Adreßbuchverlagsfirmen

Es besteht Veranlassung, auf die unlauteeren Geschäftsgepflogenheiten gewisser Adreßbuchverleger hinzuweisen. Diese bieten in ihren Ankündigungen für neue, in Vorbereitung befindliche Adreßbücher in besonders auffälliger Druck die kostenfreie Eintragung der Firma an. Die Einladung zur Eintragung ist mit einem Fragebogen verbunden, der neben dem Firmenamen auch Fragen nach Ort, Straße, Telephonnummer, Bankkonto usw. enthält. Auch auf dem Fragebogen wird nochmals darauf hingewiesen: die Eintragung der Firma ist kostenlos. Dadurch werden viele zu der Annahme verleitet, daß die gesamten Angaben kostenlos in das Adreßbuch übernommen werden, müssen aber nachträglich erfahren, daß die Kostenfreiheit sich nur auf den Namen erstreckt, während alle übrigen Angaben mit 5 RM pro Zeile berechnet werden. Reklamationen wegen Irrtum oder Täuschung werden grundsätzlich nicht anerkannt, vielmehr folgt alsbald ein kurzfristiger Zahlungsbefehl, und es wird rückwärtslos das Zwangsbeitragsverfahren eröffnet. Es ist daher allen Empfängern derartiger Fragebogen dringend zu raten, daß sie dieselben eingehend prüfen, ob nicht eine verdeckte Vertragsart vorliegt, durch deren Unterschrift ein Vertrag ungewollt abgeschlossen wird.

Ottenshöfen erhält einen Ausgasten. Der freundliche Kurort Ottenshöfen am Fuße der Sornisgründe wird seinen Gästen im nächsten Jahre mit der Neuanlage eines Ausgastens aufwarten, der so angelegt werden soll, daß er im Winter als Eisenbahn-Verwendung finden kann. Der Entwurf sieht auch den Bau einer Lesehalle und eines Musiktempels vor.

Landesversammlung des Badischen Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose

Der Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose hält am Sonntag, den 3. November, in Kastatt im Gasthof „Rustum“ seine Landesversammlung ab. Nach vorausgegangener gemeinsamer Sitzung des Landesgesundheitsausschusses und Mitgliederversammlung findet um 4.15 Uhr nachmittags eine öffentliche Versammlung statt, wobei der Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, Dr. Wankelmuth, einen Vortrag über die Reichsrichtlinien über Gesundheitsfürsorge in der vergrößerten Bevölkerung und der ärztliche Leiter des Tuberkulosekrankenhauses Rastbach-Heidelberg, Professor Dr. Fränkel, einen solchen über „Sozialklinische Betrachtungen zu den Fragen der Reichsrichtlinien“, halten werden.

Erneute Verurteilung der „Arbeiterzeitung“

Als zweiten Fall verhandelte am Samstag das Mannheimer Schwurgericht die Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Stefan Schumann, wegen Aufstufung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Polizeidirektion hatte sich, nachdem ursprünglich die Erlaubnis zur Abhaltung eines roten Landertreffens gegeben war, entschlossen, das Verbot dieses Landertreffens für den 4. August auszusprechen, weil dadurch die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet sei. Die „Arbeiterzeitung“ forderte nun in Aufsätzen vom 1., 2., 3. und 4. August auf, das Verbot zu mißachten und das Landertreffen und die Demonstrationen abzuhalten. Das Gericht sprach als Urteil 5 Monate Gefängnis und Veröffentlichung in drei Zeitungen aus. Der Oberstaatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt.

Aus der Landeshauptstadt Die bevorstehende Ausstellung „Nichtige Ernährung“

Die Vorbereitungen für die in der Zeit vom 9. bis 24. November d. J. hier geplante Wanderausstellung des Deutschen Hygiene-Museums, Dresden, und der Stadt Karlsruhe über „Nichtige Ernährung“ haben bisher zu recht erfreulichen Ergebnissen geführt.

Die Anregung, die Ausstellung durch Hinzuziehung der einheimischen Wirtschaft zu erweitern, wurde von dem unter der Leitung von Stadtobermedizinalrat Dr. Paull gebildeten Arbeitsausschuß lebhaft aufgegriffen. Nach Erläuterungen maßgebender Stellen dürfte eine rege Beteiligung von allen Seiten der einschlägigen Geschäftswelt zu erwarten sein. Auch liegt bereits eine größere Anzahl Anmeldungen von Firmen vor. Es soll jedoch eine scharfe Zensur der angemeldeten Gegenstände durchgeführt werden, um auf jeden Fall zu verhindern, daß im Widerspruch mit dem Charakter der Ausstellung stehende Geschäftsgegenstände den Rahmen der richtunggebenden Ideen überschreiten. Aus einer von hygienischen Gesichtspunkten ausgehenden Veranstaltung soll nicht dadurch, daß dem ausstellenden Wirtschaftslieben ein zu großer Spielraum gewährt wird, die Art einer Messe entstehen.

Grundlegend für die gesamte Gestaltung der Ausstellung muß eine große, einfache Linie sein, die man mit dem Fremdwort „populär“ bezeichnen könnte. In diesem Sinne werden auch die beachtlichsten Vorträge gehalten sein. Wenn nun trotz dieser Voraussetzungen eine auf dem Gebiete der Hygiene führende und in Fachkreisen anerkannte Persönlichkeit als Redner gewonnen werden soll, muß man diesen Vorträgen ganz besondere Bedeutung beimessen, denn ein großer Fehler würde begangen, wollte man den Begriff allgemeiner Verständlichkeit mit oberflächlich beseitigen.

Welche Rolle die Ernährungsfrage schon jetzt spielt, geht aus dem vollen Erfolg der Ausstellung in anderen Städten klar hervor. Überall haben sich weiteste Kreise in den Dienst der

Sache gestellt und so ihr Teil dazu beigetragen, die Gedanken einer richtigen Ernährung im deutschen Volk zu verbreiten und ihnen zum Sieg zu verhelfen. Man kann deshalb nur wünschen, daß auch hier dem mit aller Kraft tätigen Arbeitsausschuß bei der Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung ein voller Erfolg beschieden sein möge.

Nur noch kurze Zeit steht für die Vorbereitung der Ausstellung zur Verfügung. Firmen, deren Produkte oder Handlungsgüter zur Ausstellung innerhalb des gesteckten Rahmens geeignet erscheinen, melden sich am besten bei der Verwaltung des städtischen Verkehrswezens, Rathaus, Zimmer 61, an, die auch die Ausstellungsbedingungen und Anmeldebogen abgibt. Organisationen, die sich zur Mitarbeit an der Befundung unseres Volkes berufen fühlen, insbesondere die Hausfrauenverbände, sind gebeten, ihre Kräfte in den Dienst der Sache zu stellen. Noch vieles muß in kurzer Zeit geschafft werden, um der Ausstellung die gewünschte Wirkung zu sichern. Deshalb mögen sich alle in Betracht kommenden Kreise mit Helfend für diese Arbeit an der Volksgesundheit zur Verfügung stellen.

Bad. Lichtspiele — Konzerthaus. „Die Herrenhoffage“ nach der Erzählung von Selma Lagerlöf bringt uns diese Woche der Film. Fast alle größeren Romane dieser nordischen Schriftstellerin sind jetzt verfilmt. Der vorliegende Film behandelt in großen Zügen die Berufslehre. Er zeigt, wie Eltern die Reigungen und Fähigkeiten des Kindes nicht achtlos beiseite schieben, sondern den Wünschen des Kindes mit Vernunft entgegenkommen sollen. — Ein Vorfilm führt uns an die Nordküste des Deutschen Reiches. Das kurische Haff zur Winterzeit, ein interessanter Fischeerfilm, der uns die verschiedenen Fangarten und die Arbeit in der harten Winterzeit zeigt. Im Gegensatz zu dieser nordischen Reise bringt uns der zweite Vorfilm nach dem Süden: „Meereslust und Firmenglanz“. Alle Schönheiten des Südens, von den Alpen bis hinab nach Italien, offenbart uns die Kamera. Sämtliche Aufnahmen sind in brauner Farbe auf die Leinwand gezaubert, was die Wirkung noch erhöht. Die Deutlich-Wochenchau bringt ihre weltumspannenden Nachrichten. — Die Musik trägt ihr Teil dazu bei, den Abend genussreich zu gestalten.

Ein gefährlicher Eindringling. In der Nacht zum Montag betrat ein 17jähriger Mann aus der Osthadt einen Bereitschaftsbau der Polizei und bedrohte schließlich jeden, der sich ihm in den Weg stellte, mit Erschießen. Er gab auch tatsächlich auf einen Beamten einen scharfen Schuß ab. Der Schuß eines Beamten hatte den Täter, der sich im Besitz eines Leuzers befand und über dessen Motive noch volles Dunkel liegt, an der Brust leicht verletzt. Er wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Alkoholvergiftung eines 12jährigen Knaben. Vergangene Nacht fand ein Knabe auf dem Bahnhofplatz unter einem Expeditionswagen einen 12 Jahre alten und über mit Sträßenmüll überzogenen Jungen in bewußtlosem Zustande vor. Alle Bemühungen, den Jungen wieder zum Bewußtsein zu bringen, waren erfolglos, so daß die Bahnhofswache seine Überführung ins städtische Krankenhaus veranlaßte. Dort wurde festgestellt, daß sich der Knabe eine Alkoholvergiftung zugezogen hatte.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das über Südrheinland liegende Tiefdruckgebiet hat sich seit gestern verflacht und in Teilwirbel aufgelöst, die aber für uns keine Bedeutung mehr erlangen werden, da für die Bitterung Europas jetzt ein großes, im Norden erdcheinendes atlantisches Tief maßgebend geworden ist. Die Zirkulation dieser Zykone umfaßt heute ganz Nord- und Mitteleuropa bis zu einem sich quer über das Festland von Westen nach Osten erstreckenden Hochdruckriden, unter dessen Einfluß wir trockenes Wetter behalten werden. Wetterausichten: Volkig mit Aufheiterungen, trocken und untertags etwas milder, bei schwacher Luftbewegung, östliche Morgennebel.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Rastbach bei Eppingen wurde der bisherige Bürgermeister Josef Eisenhuth einstimmig wiedergewählt. Herr Eisenhuth beginnt nun seine dritte Amtsperiode. — In Lautenbach b. Kastatt wurden für Bürgermeister Würgmann 216 Stimmen und für den Gegenkandidaten Mathias Fortenbacher 61 Stimmen abgegeben. Würgmann ist wiedergewählt.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	22. Oktober		21. Oktober	
	Beiz	Devis	Beiz	Devis
Amsterdam 100 G.	168.40	168.74	168.40	168.74
Kopenhagen 100 Kr.	111.94	112.16	111.94	112.16
Italien . . . 100 L.	21.875	21.915	21.875	21.915
London . . . 1 Pfd.	20.382	20.422	21.376	20.416
New York . . 1 D.	4.1790	4.1870	4.1795	4.1875
Paris . . . 100 Fr.	16.45	16.49	16.445	16.485
Schweiz . . . 100 Fr.	80.935	81.095	80.92	81.08
Wien 100 Schilling	58.70	58.82	58.74	58.86
Prag . . . 100 Kr.	12.375	12.395	12.378	12.398

Der Rheindampferverkehr 1929

Eine Verkehrszeitung ist zu Ende gegangen, die im allgemeinen, wie aus Mannheim berichtet wird, den Erwartungen entsprach. Vom Ende Juli bis Oktober hinein blieb auch der Dampferverkehr belibt. Vor allem steigerte sich die Benutzung der verschiedenen billigen Fahrgelegenheiten. Von den einzelnen Verkehrsgebieten ist zu sagen, daß die Verhältnisse auf der Oberrheinstraße (Mainz - Mannheim - Speyer - Karlsruhe) ziemlich unverändert geblieben sind. Ein Reiseverkehr konnte sich dort noch nicht entwickeln. Man war aber mit den Ergebnissen des Lokalverkehrs im allgemeinen zufrieden. Auf der Hauptstrecke Köln-Mainz waren natürlich nach wie vor die meisten Schiffe eingesetzt. Der Ausländerverkehr ist etwas zurückgegangen. Im Niederrheinverkehr, der mit großen Unkosten aufrechterhalten wurde, ist leider die erhoffte Verkehrssteigerung noch nicht eingetreten.

Zusammenbrüche. Das Bankhaus Fiebig in Bensheim (Bergstraße) hat seine Zahlungen eingestellt. Wie hoch sich die Passiven beziffern, steht nicht fest. Unter den Geschädigten befinden sich viele kleine Leute, Landwirte und Arbeiter. — Die Großhandlung Jakob Treysch, Frankfurt a. M., ist in Schwierigkeiten geraten. Die Verpflichtungen werden auf 12 bis 18 Millionen Reichsmark geschätzt, darunter circa 8 Millionen Reichsmark Bankforderungen.

Die Pariser Verhandlungen über österreichisch-ungarische Vorkriegsschulden sind, wie die „Presse“ meldet, erneut vertagt worden, und zwar auf unbestimmte Zeit. Dies ist aber nicht als Scheitern der Verhandlungsbemühungen aufzufassen, vielmehr hofft man, daß von seiten der Nachfolgestaaten nimmere konkrete Gegenvorschläge erfolgen, nachdem die Gläubiger damit schon vor einiger Zeit vorangegangen sind. Es besteht weiterhin die Hoffnung, daß die sog. Befreiungsschulden der Nachfolgestaaten an die Alliierten nicht eher erlassen werden, bevor eine befriedigende Regelung der Vorkriegsschulden zustande gekommen ist.

Die Branntweinübernahmepreise. Seit 1. Oktober d. J. beträgt der Übernahmepreis bei Ablieferung von Branntwein aus Abfindungsbrännereien und Verschlußbrännereien mit einer Jahresverzinsung bis 4 Prozent für Kornobst-, Weinstrecker-, Weinhefe- und Obsthefebranntwein 2,30 RM je l. W. für Obsthefebranntwein 1,75 RM je l. W. Die hier gegenüber den früheren Übernahmepreisen eingetretene Erhöhung bezieht sich jedoch jeweils nur auf die Ablieferung des ersten Hektoliters Branntwein. Für die übrigen Hektoliter sowie für Kornbranntweine erhöhen sich die seitherigen Übernahmepreise um 6 RM je Hektoliter W.

Zu den badischen Landtagswahlen am 27. Oktober

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928

Ungelegt auf die 22 neuen badischen Landtagswahlkreise. In Klammern beigefügt die gleichfalls umgerechneten Ziffern der Landtagswahlen vom 25. Oktober 1925.

Im Nachstehendem veröffentlichten wir die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 und der Landtagswahlen vom 25. Oktober 1925, umgerechnet auf die neuen 22 badischen Wahlkreise. Die Tabelle, die unsere Leser aufbewahren mögen, ermöglicht nach der Wahl am kommenden Sonntag einen Vergleich mit dem Stand der Parteien bei den vorhergehenden Wahlen.

Wahlkreis	Zentrum	Sozialdem.	Deutschnat.	D. Volksp.	Demokraten	Wirtschaftspartei	Komm. Partei	Linksomm.	Nationalsoz.	Bauernpartei	Christl.-Soz.	Volkrechtspartei
1. Westlich, Pfaffenort, Stodach, Überlingen, Konstanz	13 295 (14 442)	2 012 (1 878)	1 325 (—)	1 212 (1 043)	2 642 (2 745)	174 (278)	783 (735)	92 (—)	131 (85)	179 (—)	554 (—)	352 (—)
2. Donaueschingen, Engen	12 294 (12 084)	5 642 (4 279)	1 680 (—)	2 169 (1 707)	3 040 (2 706)	1 241 (1 228)	2 583 (1 803)	210 (—)	438 (186)	60 (—)	406 (—)	711 (—)
3. Walschut, Säckingen	11 268 (12 060)	2 866 (2 421)	882 (—)	900 (544)	2 176 (2 523)	191 (251)	688 (595)	119 (—)	164 (65)	108 (—)	471 (—)	375 (—)
4. Schopfheim, Lörrach, Müllheim	13 164 (13 221)	4 968 (3 360)	353 (—)	583 (447)	2 823 (3 160)	694 (538)	1 334 (686)	150 (—)	240 (47)	137 (—)	364 (—)	132 (—)
5. Schopfheim, Lörrach, Müllheim	12 180 (10 083)	10 090 (6 592)	3 214 (—)	2 592 (1 778)	3 447 (3 654)	4 956 (1 136)	4 662 (2 750)	205 (—)	591 (459)	225 (—)	111 (—)	479 (—)
6. Freiburg-Stadt	13 230 (11 656)	10 779 (7 116)	3 406 (—)	4 422 (3 115)	2 369 (2 776)	3 142 (2 501)	1 574 (1 172)	134 (—)	542 (214)	13 (—)	456 (—)	1 178 (319)
7. Freiburg-Land, Staufen, Neustadt, Waldbrunn	24 791 (22 120)	5 489 (3 972)	2 896 (—)	2 066 (1 339)	2 539 (2 372)	1 155 (900)	751 (559)	154 (—)	590 (92)	310 (—)	262 (—)	417 (141)
8. Emmendingen, Lahr	16 682 (14 811)	6 095 (4 575)	4 245 (—)	4 711 (3 139)	3 079 (3 311)	1 406 (985)	1 502 (1 188)	143 (—)	579 (177)	1 105 (—)	551 (—)	473 (42)
9. Billingen, Wolfach	14 032 (13 854)	6 009 (4 755)	1 992 (—)	2 198 (1 956)	2 152 (2 228)	858 (890)	1 079 (900)	68 (—)	165 (114)	89 (—)	136 (—)	585 (—)
10. Offenburg, Oberkirch	15 680 (15 641)	4 315 (2 828)	1 536 (—)	1 650 (1 281)	1 795 (1 923)	362 (309)	1 160 (831)	124 (—)	709 (161)	347 (—)	1 500 (—)	279 (—)
11. Rehl, Bühl	13 565 (13 950)	3 927 (3 102)	1 294 (—)	2 529 (1 933)	1 882 (1 591)	1 132 (847)	1 806 (865)	173 (—)	1 764 (310)	1 014 (—)	87 (—)	178 (—)
12. Kastatt	17 515 (15 874)	10 006 (7 282)	1 941 (—)	4 494 (2 921)	3 648 (3 051)	1 224 (1 141)	2 885 (1 785)	200 (—)	530 (282)	121 (—)	117 (—)	481 (—)
13. Karlsruhe-Stadt	12 513 (12 085)	20 306 (16 760)	5 211 (—)	8 911 (12 181)	9 111 (4 544)	3 048 (1 986)	5 231 (3 400)	270 (—)	2 059 (757)	35 (—)	211 (—)	2 777 (348)
14. Karlsruhe-Land, Ettlingen, Forstheim	8 162 (8 099)	15 632 (12 147)	4 770 (—)	2 905 (3 262)	2 905 (2 354)	1 380 (1 058)	3 276 (2 524)	231 (—)	1 897 (1 131)	330 (—)	113 (—)	349 (121)
15. Bruchsal, Bretten	3 667 (3 713)	13 176 (13 610)	7 247 (—)	7 426 (5 909)	2 535 (3 198)	3 338 (2 663)	3 961 (3 735)	176 (—)	1 234 (406)	68 (—)	73 (—)	2 750 (820)
16. Bruchsal, Bretten	16 423 (15 883)	6 190 (4 735)	4 980 (—)	1 958 (1 934)	1 768 (1 896)	1 460 (263)	1 584 (1 584)	808 (—)	1 072 (644)	306 (—)	198 (—)	482 (95)
17. Sinsheim, Wiesloch	10 115 (9 446)	3 256 (2 971)	6 608 (—)	1 298 (1 135)	2 227 (2 563)	202 (116)	1 442 (778)	126 (—)	1 354 (235)	338 (—)	771 (—)	119 (68)
18. Mannheim-Stadt	15 902 (13 943)	39 783 (31 283)	3 876 (—)	17 079 (14 662)	7 539 (7 738)	3 521 (3 695)	18 550 (11 980)	990 (—)	2 144 (721)	50 (—)	1 143 (—)	1 046 (1 421)
19. Mannheim-Land, Weinheim	10 601 (9 437)	11 947 (10 164)	3 451 (—)	5 287 (4 030)	2 587 (2 771)	932 (840)	5 479 (4 484)	137 (—)	2 116 (1 328)	117 (—)	385 (—)	283 (194)
20. Heidelberg	11 664 (10 373)	16 738 (12 782)	6 111 (—)	9 756 (7 174)	6 046 (6 243)	1 205 (1 074)	5 525 (4 232)	199 (—)	3 488 (1 114)	142 (—)	266 (—)	1 401 (409)
21. Mosbach, Adelsheim	9 834 (9 767)	2 664 (2 074)	2 899 (—)	1 309 (1 000)	1 164 (1 916)	84 (56)	638 (452)	88 (—)	2 801 (284)	190 (—)	200 (—)	81 (58)
22. Buchen, Tauberhofsheim, Wertheim	21 245 (20 872)	2 462 (1 812)	3 984 (—)	837 (397)	970 (1 389)	85 (101)	481 (305)	91 (—)	1 728 (105)	190 (—)	527 (—)	179 (140)
Insgesamt:	297 822 (283 414)	204 352 (160 498)	73 901 (—)	86 292 (72 887)	63 929 (66 652)	30 860 (22 856)	66 868 (47 343)	4 888 (—)	26 336 (8 917)	5 474 (—)	8 952 (—)	15 107 (4 176)

Bemerkungen: 1925 beteiligten sich die Deutschnationalen und der damalige Landbund als Rechtsblock am Wahlkampf, weshalb für letztere keine Vergleichsziffern vorliegen. Linkskommunisten, Bauernpartei und Christlich-Soziale sind erst bei den letzten Reichstagswahlen aufgetreten.

In der Nacht haben in Königsberg (Ostpr.) unbekannte Täter das Friedrich-Ebert-Denkmal auf dem Rudauerplatz mit roter Farbe beschmiert. Sie haben die Farbe auf den Kopf der Figur gegossen, so daß sie am Sockel herunterlief.

Auf dem Jangise sind am Freitag von Bord des britischen Dampfers „Kawa“ (1300 Tonnen) von Knechtischen Seeräubern 600 Pfund Stealing geraubt worden. Europäer waren nicht an Bord.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Trauerfeier in Allerheiligen
 Hb. Aheren, 21. Okt. Am Sonntag fand am Denkmal der Gefallenen des Schwarzwaldbundes die alljährlich wiederkehrende Gedenkfeier statt, die trotz des regnerischen Wetters eine zahlreiche Beteiligung fand. Die Feier begann mit dem Aufmarsch zum Ehrenmal der Gefallenen unter den Klängen eines Beethoven'schen Trauermarsches. Musikchöre der Oppenauer Stadtmusik und Chorlieder des Sängerbundes Oppenau umrahmten die von warmem Empfinden getragene Gedenkrede, die Oberforstrat Stephani aus Forbach übertragen worden war. Jeder Teilnehmer hatte das Gefühl, daß nicht nur die Liebe zum heimischen Wald, sondern auch die Erinnerung an die unvergeßlichen Taten des Vereins die Mitglieder aufs engste verbindet.

Hb. Mingsolsheim bei Bruchsal, 21. Okt. In den letzten Tagen wurde die Nachricht verbreitet, daß der Landwirtschaftliche Konsumverein Ostlingen, dem in der Hauptsache kleine Landwirte und Zigarrenarbeiter angehören, durch größere Berentungen seines früheren Rechners in Zahlungsschwierigkeiten geraten sei und der verbleibende Fehlbetrag von den Mitgliedern gedeckt werden muß. Im Verwechslungen mit der Verbrauchs-Genossenschaft Ostlingen und Umgebung e. G. m. b. H. Sitz Mingsolsheim, vorzubringen, teilt deren Verwaltung mit, daß sie mit dem in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Landwirtschaftlichen Konsumverein Ostlingen nicht identisch ist. Die Geschäftsführung der Verbrauchs-Genossenschaft Ostlingen und Umgebung sei durchaus gut.

Hb. Kenzingen, 21. Okt. Der Gemeinderat von Kenzingen hat einstimmig beschlossen, Bürgermeister Josef Baptist für seine großen Verdienste in der Gemeindegeschichte als Ratsschreiber, Spartenverwalter und nunmehr als Bürgermeister von Kenzingen aus Anlaß seines 50jährigen Dienstjubiläum zum Ehrenbürger von Kenzingen zu ernennen.

Hb. Freiburg, 21. Okt. Der Chefredakteur der „Freisgauer Zeitung“, Joseph, ist aus der Redaktion des Blattes ausgeschieden, weil er mit der Haltung der Zeitung zum Volksbegehren, das sehr stark propagiert wurde, nicht mehr einverstanden war.

Hb. Herrsch, 20. Okt. Am Sonntagvormittag fand auf der Tüllinger Höhe bei Herrsch die Einweihung des Gefallenen-Denkmal der 8. badischen Landwehrdivision bei strömendem Regen statt. Das Denkmal liegt auf dem westlichen Abhang des Berges mit dem Blick nach dem Sundgau und dem Hartmannsweilerkopf, wo die 8. Landwehrdivision während der ersten Jahre des Krieges in Stellung lag. Die empfindlichsten Verluste hat die Division in den letzten Kriegsmonaten südlich Verdun erlitten. Der erste Vorsitzende der Vereinigung früherer Angehöriger der 8. badischen Landwehrdivision, Oberst a. D. von Pilgrim, übergab das von Architekt Hertel, Herrsch, geschaffene Denkmal in die Obhut der Gemeinde Tüllingen. Die Weisereide hielt der frühere Feldgeistliche der Division, Pfarrer Rost, Mannheim.

Hb. Rheinfelden, 19. Okt. Am Donnerstagabend geriet hier ein mit Glasballons, in denen sich Säure befand, geladener Waggon in Brand. Mehrere Ballons explodierten u. die Säure bildete Chlorgas, dessen Tränen und Erbrechen verursachende Nebelschwaden den ganzen Bahnhof erfüllten und auch in das Städtchen einbrachen. Erst nach mehreren Stunden hatten sich die schweren Gasdämpfe, die die Bevölkerung außerordentlich beeinträchtigten, verflüchtigt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Volksbegehren „Freiheitsgesetz“

An die Gemeinden und Staatsaufsichtsbehörden!

Nach Mitteilung des Herrn Reichsministers des Innern sind Bestrebungen im Gange, auf Gemeindeebene in dem Sinne einzurichten, daß sie solche Eintragungen bei obigem Volksbegehren amtlich anerkennen, die durch Umhertragen der Listen von Haus zu Haus zustande gekommen sind. Etwas, an die badischen Gemeinden ergehenden Ansuchen dieser Art ist allgemein mit Entschiedenheit entgegenzusetzen. Nur solche Listen haben Gültigkeit, die an den amtlich bestimmten Eintragungstellen beschriebenen worden sind.

Karlsruhe, den 22. Oktober 1929.

Der Minister des Innern:
 Kemmelé.

Lotterie.

Dem bischöflichen Domkapitel in Passau wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 17. Oktober 1929.

Der Minister des Innern:
 Schwarz.

Bekanntmachung

Das Dünengebiet in Sandhausen.

Auf Antrag der Badischen Landes-Naturschutzstelle habe ich im Einvernehmen mit der Gemeinde Sandhausen das dieser Gemeinde gehörige Obland Pferdtrieb Lagerbuch-Nr. 2783 der Gemarkung Sandhausen zum Naturschutzgebiet erklärt. Innerhalb des Naturschutzgebietes ist jeder Eingriff in die Bodengestaltung, Pflanzen- und Tierwelt zu unterlassen.

Karlsruhe, den 16. Oktober 1929.
 Der Minister des Kultus und Unterrichts:
 Beer.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Polizeiwachmeister Bruno Kofke in Mannheim zum Verwaltungsassistenten.
 Polizeiwachmeister Wilhelm Joffe beim Bezirksamt Konstanz zum Verwaltungsassistenten d. 1. Klasse.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen wegen leibender Gesundheit: Professor Karl Seyfried an der Oberrealschule mit Realgymnasium in Heidelberg; Hauptlehrerin Marie Fiebert an der Mädchenrealschule mit M.H.G. und gym. Abt. in Heidelberg.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand: Professor Karl Hrens am Staatstechnikum in Karlsruhe; Oberlehrer Theodor Ochs in Hügelsheim, Amt Kastatt; Musikant Ludwig Krosch an der Frauenklinik in Freiburg i. Br.

Ministerium der Finanzen

Wasser- und Straßenbaudirektion

Ernannt:

Zum Straßenoberbaumeister der Straßenbaumeister Robert Reifer in Redargemünd.

Versetzt: Verwaltungsassistent Jakob Herrmann vom Wasser- und Straßenbauamt zum Kulturbauamt Karlsruhe.

In den Ruhestand tritt Kraft Gesetzes nach Erreichung der Altersgrenze: Der Straßenoberbaumeister Martinus Schurr in Emmendingen.

Gestorben:

Straßenoberbaumeister Johann Reich in Melsbach und Straßenwärter a. D. Franz Schmieber in Oberwolfach.

SEIDE

Welche Fülle von Verschiedenheiten!

Wir können Ihnen mit Allem dienen, all die modischen Stoffe in nie gesehener Schönheit. Eine überwältigende Auswahl in Farben und Mustern. Hochwertige Qualitäten und größte Preiswürdigkeit. Reizende billige Kunstseiden, darunter die tadellosen Bemberg- und Agfa-Travisé-Qualitäten. Reinseidene, einfarb. Stammqualitäten, zu schärfsten kalkulierten Preisen bis zu den feinsten, wertvollsten und modernsten Geweben

886

Leipheimer & Mende

Ludwig Schweisgut
 Erbsprinzenstr. 4
 b. Rondellplatz.
 Flügel und Pianinos:
 Bechstein, Blüthner
 Grotlan-Steinweg
 Schiedmayer & Söhne
 Thürmer.

884

Möbel
 Speisezimmer
 Herrenzimmer
 Schlafzimmer
 Küchen
 einzelne Möbelstücke
 in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32
 Kein Laden, daher billigste Preise 762

Der 2. ländliche Bezirke des Amtsbezirks Pforzheim mit dem Sitz in Königsbach, umfassend die Gemeinden Hülffingen, Dietenhäuser, Dillingen, Elmendingen, Erlingen, Heringen, Jittersbach, Königsbach, Langenalb, Nöttingen, mit Darnsbach, Obermühlbach, Singen, Weiler und Wilsbergingen wird mit Ende d. 3. frei und ist neu zu besetzen.

Bewerbungen sind innerhalb von 4 Wochen, beginnend mit dem Tage des erstmaligen Erscheinens der Bekanntmachung in dieser Zeitung, unter Anschluß der vorgezeichneten Belege beim Bezirksamt Pforzheim schriftlich einzureichen. §. 680

Pforzheim, den 19. Oktober 1929.
 Bezirksamt, Abt. II b.

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER
 DOSENHEIM A. O. FROST
 LIEFERT AUS SCHLOSS- u.
 HECKENMARKBRUCH
 ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

In 3 Tagen
 Mistraucher.
 Auskunft kostenlos!
 Sanitas-Depot,
 Halle a. S. 220 G.

§. 672. Bruchsal. Über das Vermögen des Met- und Landesproduktenhändlers Peter Fischbach in Bruchsal wurde heute nachmittags 6 Uhr Konkurs eröffnet. Verwalter: Rechtsanwält Dr. Dultenhofer in Bruchsal. Offener Arrest mit Anzeigefrist, sowie Anmeldefrist bis 8. November 1929. Prüfungstermin am 15. November 1929, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht 1. Stad. Zimmer Nr. 8.

Bruchsal, 16. Okt. 1929.
 Bad. Amtsgericht IV.

Arbeitsvergebung.

Für den Neubau des Finanzamtsdienstgebäudes an der Simmlerstraße in Pforzheim sind die Glaserarbeiten für rd. 250 Fenster verschiedener Art und Größe gemäß Verfügung Finanzministeriums vom 20. Jan. 1928 Nr. 726 öffentlich zu vergeben.

Zeichnungen, Bedingungen, Angebotsvordrucke v. 24. bis 26. Oktober 1929 von 9½ bis 12 Uhr im Baubüro des Finanzamts Pforzheim, Zerkenerstraße 57, und vom 24. bis 31. Oktober 1929 beim Bezirksbauamt Karlsruhe, Stephanienstraße 28, Bügel Seminarstraße Erdgeschoss von 9 bis 12 Uhr. Kein Versand von Zeichnungen und Unterlagen nach auswärts. Angebotsöffnung am 4. November 1929 vormittags 10 Uhr im Baubüro Pforzheim, Zerkenerstraße 57. Angebote verschlossen, postfrei und durch Aufschrift gekennzeichnet, sind zu richten bis 4. November 1929, vorm. 10 Uhr, an Baubüro, Finanzamt Pforzheim, Zerkenerstraße 57, oder vor Angebotsöffnung dort abzugeben.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.
 Karlsruhe, 19. 10. 1929.
 Bezirksbauamt.

Einladung zur Landesversammlung des Badischen Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose

am Sonntag, den 3. November, in Kastatt im Gasthof „Museum“, Poststraße 13.

Tagesordnung:

I. 8.30 Uhr nachmittags: Gemeinsame Sitzung des Landes-Tuberkuloseausschusses und der Mitglieder-Versammlung. Jahres- und Rechnungsbericht.

II. 4.15 Uhr nachmittags: Öffentliche Versammlung. 1. Vortrag des Ministerialrats im Reichsarbeitsministerium, Berlin, Herr Dr. Bankelmutz: „Die Reichsrichtlinien über Gesundheitsfürsorge in der versicherten Bevölkerung“. 2. Vortrag des ärztl. Leiters des Tuberkulose-Krankenhauses Rohrbach-Heidelberg G. m. b. H., Herr o. Honorarprofessor Dr. Fraentel, Heidelberg: „Sozialklinische Betrachtungen zu den Fragen der Reichsrichtlinien“. 3. Aussprache.

Der 1. Vorsitzende:

Rausch,

Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden.

Der Geschäftsführer:

Prof. Verg haus.

3.890

Bekanntmachung

Nach den Anleihebedingungen ist die letzte Tilgungsrate unserer wertbeständigem Holzanzleihe von 1923 auf 1. November 1929 zur Heimzahlung fällig. Der zur Auszahlung kommende Geldbetrag wurde im Reichsmarkt pro Zehnmeter festgesetzt. Die Einlösungstellen sind auf den Zinscheinen verzeichnet. Mit Ende Oktober 1929 hört die Verzinsung der Anleihe auf.

Böhrenbach, den 21. Oktober 1929.

Stadtgemeinde Böhrenbach:

Der Bürgermeister.

3.880

Genußscheine zu den Schuldverschreibungen der ehemaligen Oberheinischen Eisenbahngesellschaft A.G. in Mannheim vom 9. Oktober 1911

Die nach dem Tilgungsplan auf 31. Dezember 1929 zu tilgenden Genußscheine zu den Schuldverschreibungen der ehemaligen Oberheinischen Eisenbahngesellschaft A.G. in Mannheim vom Jahre 1911 im Nennbetrag von 84 700 RM sind durch Anlauf beschafft worden. Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahre nicht statt.

Mannheim, den 17. Oktober 1929.

Der Oberbürgermeister.

Ablösungsanleihe des Kreises Heidelberg

Bei der am 18. Oktober d. J. für das Jahr 1929 stattgefundenen Verlosung wurden folgende Auslosungsscheine gezogen:

Nr. 1, 5, 10, 70, 91, 115, 124, 136, 157, 195, 204, 804, 305, 425, 457.

Die gezogenen Auslosungsscheine werden vom 31. Dezember 1929 ab mit je 87,50 RM und 5% Zins für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1929 mit je 17,50 RM abzüglich 10% Kapitalertragsteuer, zusammen mit je 103,25 RM eingelöst. Die Scheine sind mit den zugehörigen Schuldverschreibungen der Ablösungsanleihe zwecks Einlösung portofrei und speisenfrei an die Kreisbank Heidelberg, Lauertstr. 1, einzufenden. Keine Restanten.

3.887

Der Kreisrat.

Detektiv

-Institut u. Privat-Auskunft
 „Argus“ Mannheim
 O 6, 6
 Planken
 Selbstanschluss 33905
 A. Maier & Co., G. m. b. H.

Colosseum

Täglich 8 Uhr
 der große Schlager
**Fräulein!
 Pardon...!**
 sowie das erstkl.
 Variete-Programm



Badisches Landestheater
 Mittwoch, 23. Oktober
 *C 5. Th.-Gem. III. S. G.
 1. Hälfte

Mina von Barnhelm oder das Goldatenglied

von Lessing
 Regie: Dr. Landgrebe
 Mitwirkende:
 Ermarth, Rabemacher,
 Schreiner, Brand, Graf,
 Göder, Just, Kuhne, Präter,
 Schneider, Schulze,
 v. d. Trenck

Anfang 20 Ende n. 22
 Preise A (0,70—5,00 RM)

Do. 24. Okt. Don Pasquale.

Fr. 25. Okt. Faust 2. Teil.
 Sa. 26. Okt. Erojaner.
 So. 27. Okt. Der Freischütz.
 Im Konzerthaus:
 Zum erstenmal: Wer zuletzt lacht.
 Mo. 28. Okt. Figaros Hochzeit.